

# Libell

LIGA

RUNDBRIEF AUSGABE 123

30. OKTOBER 2007

GRÜNE LIGA BRANDENBURG E.V.

## Start der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“

Unser Bündnis aus Umweltverbänden wie dem BUND, dem NABU, der GRÜNEN LIGA und den Naturfreunden, Lacoma e.V., von Bündnis 90/Die Grünen, DER LINKEN, dem Bauernbund, der Wendischen Volkspartei und weiteren Organisationen startete am 8. Oktober die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“. Mit dieser wollen wir die Pläne der Landesregierung und von Vattenfall stoppen, neue Tagebaue über die bestehenden hinaus zu erschließen.

Unsere Volksinitiative richtet sich gegen das Vorhaben der Landesregierung, langfristig an Braunkohleabbau und -verstromung festzuhalten, der klimafeindlichsten Form der Energiegewinnung überhaupt. Mit dem angekündigten Aufschluss der neuen Tagebaufelder Jänschwalde Nord, Welzow-Süd (Teilfeld II), Spremberg-Ost und Bagenz-Ost droht den Orten Proschim, Atterwasch, Kerkwitz und Grabko die Abbaggerung. Und es gibt keine Garantie dafür, dass es beim Aufschluss dieser Felder bleibt. Ein vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten hat unlängst noch den Aufschluss von sieben neuen Tagebauen in Brandenburg empfohlen.

Uns eint die Überzeugung, dass die klimafeindliche Braunkohleverstromung vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels nicht auf Jahrzehnte hinaus weiter so betrieben werden kann wie bisher. Es gibt längst tragfähige Konzepte für eine klimaschonende Energiepolitik. Zudem wollen wir die fortschreitende Zerstörung der Lausitz stoppen. Die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat und die maßlose Zerstörung von Flora und Fauna zum Zweck der Förderung von Kohle muss ein Ende haben. Die Lausitz hat nur dann eine Perspektive, wenn sowohl Familien als auch Unternehmen sich hier wieder niederlassen. Hier ist ein alternatives wirtschaftliches Entwicklungskonzept ohne Braunkohle gefragt. Wir sagen: Der Ausstieg aus der klimaschädlichen Braunkohleverstromung ist machbar. Alternative Energieformen stehen zur Verfügung und können diese mittelfristig ersetzen. Man muss nur den politischen Willen dafür haben und darf sich nicht den rein wirtschaftlichen Interessen eines Großunternehmens beugen, wie es die Landesregierung derzeit tut.

Wir wollen neue Tagebaue verhindern. Dazu legen wir einen Gesetzentwurf vor, der dieses Ziel im Landesplanungsrecht fest schreibt. Nun müssen wir im ersten Anlauf 20.000 Unterschriften dafür sammeln, dass sich der Landtag mit diesem Gesetzentwurf befasst. Die nächsten Etappenziele sind ein Volksbegehren und ein Volksentscheid. An dessen Ende soll der mittelfristige und sozialverträgliche Ausstieg aus der Braunkohleförderung stehen.

Um die Volksinitiative zum Erfolg zu führen, werden die Mitgliedsorganisationen ihre aktiven Mitglieder landesweit mobilisieren und in den nächsten Wochen an Ständen in den größeren Städten und Orten Brandenburgs Unterschriften sammeln.

Alle wichtigen Informationen finden Sie auch unter [www.keine-neuen-tagebaue.de](http://www.keine-neuen-tagebaue.de)

Unterschriftenlisten können bei der Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA Brandenburg im Haus der Natur, Lindenstraße 34, 14467 Potsdam angefordert werden.

Tobias Arbinger

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

### Einladung zur Landesmitgliederversammlung am 3. November 2007 im Haus der Natur in Potsdam

Liebe Mitglieder, heute möchten wir Euch zu unserer diesjährigen Mitgliederversammlung am 3. November in Potsdam einladen. Auch freuen wir uns über die gestrige Zusage von **Herrn Prof. Sebastian Pflugbeil**, welcher uns am Vormittag zum brisanten Thema der zivilen Nutzung der Kernenergie Rede und Antwort stehen wird. So wird er unter anderem über seine Erlebnisse in Tschernobyl, der geplanten Renaissance der Atomkraft und über den Rückbau des AKW Rheinsberg berichten.

Mit diesen Zeilen verbindet sich auch unsere Bitte an alle Mitglieder – ausgenommen die, die für ihren Mitgliedsbeitrag eine Einzugs ermächtigung erteilt haben bzw. die ihren Beitrag schon überwiesen haben – den noch offenen Mitgliedsbeitrag auf das Geschäftskonto des Vereins:

Kontonummer 55 000

Bankleitzahl 180 626 78

VR Lausitz Bank

einzu zahlen. Berichte der Mitgliedsguppen können bis zum 30.10. schriftlich in der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Wir hoffen Euch zahlreich begrüßen zu können und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Wilke und Michael Ganschow

## Überwältigendes Votum für ein Sozialticket in Brandenburg!

In der Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg sind am 2. Oktober 32.400 Unterschriften an den Landtagspräsidenten Gunter Fritsch (SPD) überreicht worden. Fritsch begrüßte die Initiatoren zu „ihrem Fleißergebnis“. Wenn von der Gesamtzahl an Unterschriften 20.000 den formalen Anforderungen genügen sollten, wäre die erste Stufe in der Brandenburger Volksgesetzgebung erreicht. Dann könnte der Hauptausschuss des Brandenburger Landtages dieses Thema bereits im November auf die Tagesordnung setzen. Ein Sozialticket in den 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten des Landes soll sozial Schwachen das Fahren in Bussen und Bahnen ermöglichen und deshalb höchstens halb so teuer sein wie die jeweilige um 50% verbilligte Monatskarte (VBB-Umweltkarte). In Potsdam würde es 17 Euro, in Eberswalde 14 Euro sowie in Barnim, Prenzlau und Schwedt (Oder) 13 Euro kosten. Für die Landkreise Barnim und Uckermark müssten jeweils 38 Euro aufgewendet werden. Etwa 200.000 bis 300.000 Anspruchsberechtigte könnten von der Einführung eines solchen Sozialtickets profitieren. Das Land müsste dafür Zuschüsse von rund fünf Millionen Euro aufbringen. Die gute Resonanz unter der Bevölkerung für die „Volksinitiative Sozialticket“ macht Mut und stärkt die Basisdemokratie. Dieses Instrument ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern – insbesondere mit Blick auf die zunehmende Politikverdrossenheit – direkten Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen. Zudem könnte eine erfolgreiche Volksinitiative den Weg für weitere Volksinitiativen in Brandenburg ebnen. Vor diesem Hintergrund ist der Großen Koalition aus SPD und CDU anzuraten, das Votum des Volkes ernst nehmen und grünes Licht für ein Sozialticket in Brandenburg zu geben, damit im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg endlich Chancengleichheit hergestellt wird. Denn Berlin hat bereits ein Sozialticket. Zu dem sollten die anstehenden Haushaltsberatungen im Brandenburger Landtag sowie in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen des Landes genutzt werden, weitere Abgeordnete für dieses Thema zu sensibilisieren und zu gewinnen. Einzubeziehen sind auch die Wahlkreisabgeordneten der beiden Regierungsparteien im Landtag. Ein herzliches Dankeschön geht an alle Unterstützerinnen und Unterstützer der landesweiten Volksinitiative. Gedankt sei engagierten Persönlichkeiten aus den Bereichen der Wirtschaft, Bildung, Kultur und dem Sport sowie Mitgliedern von Vereinen, Verbänden und Organisationen, die den Initiatoren die Möglichkeit eingeräumt haben, Unterschriftenlisten auszulegen. *Dr. Andreas Steiner (Erstunterzeichner für die GRÜNE LIGA Landesverband Brandenburg*

ß Andreas Steiner



Lebendige Parkbarrieren und Warnungen an alle nicht dem Parkbild entsprechenden Gäste anlässlich des Parkfestes in Babelsberg

## Neues aus dem Kiez – Familienfest im Babelsberger Park

Am vergangenen Wochenende hatte die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zum Familienfest in den Babelsberger Park eingeladen. Die Bürgerinitiative „Babelsberg Park“ beteiligte sich unter dem Motto „Für ein lebendiges Denkmal“ am Familienfest und nutzte die Gelegenheit, sich kritisch mit den Nutzungsbeschränkungen für den Babelsberger Park auseinanderzusetzen.

Seit April 2007 versucht die Schlösserstiftung als Ordnungsbehörde die Parkordnung mit Bußgeldern durchzusetzen. Dabei macht die Stiftung keinen Unterschied zwischen dem Schlosspark Sanssouci und dem Babelsberger Park. Was über Jahrzehnte in Babelsberg geduldet wurde – ohne dass der Babelsberger Park darunter gelitten hätte – soll nun mit Parkwächtern und Wachhunden unterbunden werden.

Logischerweise löste dies den Unmut vieler Babelsberger aus, für die der Park zum Stadtteil gehört. Die Strategie der Schlösserstiftung betrifft sowohl Kindergartengruppen als auch Schulklassen, die im Park spielen und den Respekt vor der natürlichen Umwelt lernen. Sie betrifft Radfahrer, die die viel befahrenen Straßen im Babelsberger Zentrum vermeiden wollen ebenso wie Sonnenanbeter und Erfrischung Suchende. Mit ihrer lebensfremden Haltung hat die Stiftung zahlreiche Babelsberger gegen sich aufgebracht. Über 10.000 Unterschriften wurden bereits gesammelt.

So lag es nahe, dass sich die Bürgerinitiative am Familienfest beteiligte. Hauptattraktion auf der Wiese im trockengelegten Grossen See waren die Auffritte der Hexe Chibraxa, die mit vielen Kindern gemeinsam Märchen inszenierte. Selbst die Eltern verfolgten die Szenerie mit Spannung. Ebenfalls gut angenommen wurde die Torwand des SVB 03, die zeitweise von Nulldreispieler Slavo Lukac (der natürlich selber auch traf) betreut wurde. Rodeln im Park schon im September? Klar, kein Problem, die Kunstrasenrodelbahn der BI war der Renner schlechthin. Weil das Musizieren im Park ebenfalls verboten ist, gab es kleine solistische Einlagen, Flöten- und Trompetenspiel im Wechsel.

Natürlich nutzten die Vertreter der Bürgerinitiative auch die Gelegenheit, um ihre Kritik an der Stiftung zum Ausdruck zu bringen. Allerorts waren BI-Mitglieder in historischen Kostümen unterwegs und verteilten satirische Ermahnungen an zu modern gekleidete Parkbesucher, die „den Anblick der historischen Gartenanlage beeinträchtigen“. Die Wege wurden durch bewegliche Barrieren versperrt. An Gesprächsunden mit den Verantwortlichen der Stiftung gab es ebenfalls rege Beteiligung. Bei bestem Wetter wurde so deutlich, dass sich die Babelsberger ihren Park nicht von der Stiftung nehmen lassen werden und es einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Nutzungsansprüchen geben muss. Es bleibt zu hoffen, dass die Stiftung die Babelsberger Bürger endlich ernst nimmt und die Nutzungsbeschränkungen – mindestens in Teilen – rückgängig macht. Anderenfalls steht zu befürchten, dass auch unsere Nulldrei-Kicker aufgrund der Beeinträchtigung des historischen Erscheinungsbildes nicht mehr im Park trainieren dürfen.

Weitere Informationen zum Thema sowie Kontakt zur Bürgerinitiative gibt es auf der Internetseite [www.babelsberger-park.de](http://www.babelsberger-park.de).

ß Jens Lücher

### Öko-Honig im Haus der Natur

Ab sofort kann im Büro der GRÜNEN LIGA Brandenburg, im Haus der Natur in der Lindenstraße 34, Honig aus ökologischen Anbau erworben werden. Der Honig ist in verschiedenen Trachten, wie Moh n-Kornblume, Ahorn-Löwenzahn, Lind enblüte, Sommertracht oder Raps, vorrätig. Der Honig ist kalt geschleudert und wurde ohne Anwendung von Chemie produziert. Zuckerzufütterung erfolgte nicht. Das Glas (500 g) kostet 3,50 Euro. Weiterhin können Honigkerzen oder Honigfiguren als Geschenk für 2,50 Euro erworben werden. Der Honig stammt aus dem Oberhavelkreis in Nordbrandenburg. ß Norbert Wilke

# Einladung zur Mitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA Brandenburg am Samstag dem 3. November 2007 im Haus der Natur in Potsdam

Am Samstag den 3. November 2007 findet im Reimar-Gilsenbach-Saal (3. Stock) des Hauses der Natur in Potsdam unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt. Beginn ist um 10.00 Uhr.

**Das Einführungsreferat zum diesjährigen Thema Kernenergie hält Herr Prof. Sebastian Pflugbeil.**

Nach der Mittagspause beginnt um 13.00 Uhr der offizielle Teil unserer Mitgliederversammlung.

13.00 Uhr Formeller Einstieg  
Festlegung der Moderation und der Protokollführung  
Feststellung der Beschlussfähigkeit  
Abstimmung der Tagesordnung

13.10 Uhr Rechenschaftsbericht 2007  
Bericht des Geschäftsführers über die Vereinstätigkeit  
Berichte aus den Mitgliedsgruppen  
Bericht zur Arbeit des Landesbüros der anerkannten Naturschutzverbände und Bestätigung der Gremienvertreter  
Bestätigung eines durch den Vorstand kooptierten neuen Landessprecherratsmitglieds durch die Landesmitgliederversammlung

15.00 Uhr Kaffeepause

15.30 Uhr Finanzbericht und Haushaltsplan  
Finanzbericht 2006  
Bericht der Revisionskommission für das Haushaltsjahr 2006  
Bestätigung des Haushaltsplanes 2008

16.30 Uhr Zeit für Meinungs austausch, Anregungen und Visionen für die künftige Vereinsarbeit

18.00 Uhr Gemütliches Beisammensein

## Die Klinger Erklärung vom 14. 10. 2007

**Die Niederlausitz ist eine einmalige Landschaft und unsere Heimat!**

**Gosda: Der Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaften als Grundlage gegenwärtigen und künftigen Lebens ist Pflicht des Landes und aller Menschen.** (Landesverfassung Artikel 39 Abs. 1)

Unendliche Kiefernwälder, Heiden, Wiesen, Gewässer und landwirtschaftliche Flächen prägen das Bild unserer Heimat. Die Natur umgibt uns als „grüne Lunge“, speichert Wasser, liefert Sauerstoff und vielfältige Möglichkeiten der Nutzung und Erholung. Dörfer und Städte, in denen wir gem. leben und die wir selbst mitgestaltet haben, liegen malerisch dazwischen. Leider sind unserer Heimat bereits tiefe Wunden durch den Kohleabbau zugefügt worden. Das flache Land ist geschändet und erholt sich nur langsam. Der Heimatverlust durch eine große Anzahl bereits devastierter Dörfer schmerzt viele Menschen. **Es ist Zeit zur Umkehr! Wir setzen uns für den Erhalt unserer Heimat ein! Heimat ist Kultur-, Erholungs- und Wirtschaftsstandort!**

Kirchen und andere Baudenkmäler, jedes Haus und jede Leistung der hier lebenden Menschen machen unsere Heimat unverwechselbar. Es ist legitim, sie zu erhalten und sich für einen Wechsel der Energieerzeugung einzusetzen. In Schweden würden Menschen einen solchen Eingriff, wie ihn unsere Landesre-

gierung vorhat, nicht zu lassen. Wie wird der Konzernchef von VATTENFALL, Herr Lars G. Josefsson seiner sozialen Verantwortung in unserer Heimat gerecht, wenn er seinen Antrag 2008 stellt und den „roten Teppich“ betritt, den ihm die Landesregierung ausrollt? Der Präsident der BTU, Herr Prof. Dr. Zimmerli, bezeichnet die Niederlausitz als „Reallabor“ (BTU aktuell Nr. 20, Juli 2007, S. 3). Wir werden nur solche Aktivitäten unterstützen, die zur Heilung der bereits vorhandenen Wunden und zur Förderung von Alternativen beitragen.

**Es ist kulturlos, weiter Landschaften zu vernichten, die in Jahrtausenden gewachsen sind! Wir stoppen daher diese Kulturlosigkeit! Heimat ist für uns nicht ersetzbar! Die Nutzung des Bodens und der Gewässer ist in besonderem Maße den Interessen der Allgemeinheit und künftiger Generationen verpflichtet.** (Landesverfassung Artikel 40 Abs. 1)

Wir bleiben in der Lausitz, da wir hier fest verwurzelt sind. Wir wollen auch nicht vertrieben werden. Viele der Heimatvertriebenen des bisherigen Kohleabbaus haben die Folgen niemals überwinden können und sterben oftmals vorzeitig an dem Verlust ihrer Heimat. Wir wollen weiterhin in diese besondere Landschaft unverändert erhalten, genießen und uns dafür einsetzen. Wir wollen keine weitere Grundwasserabsenkung und Trockenheit. Wir brauchen auch keine 1000 „Badeseen“, sondern unsere umverteilte Umgebung, den Boden zum Bewirtschaften und alle unsere Dörfer. Wir brauchen Politiker, die sich für Heimat, Zukunft und diese Ressourcen schonende Arbeitsplätze einsetzen, und zwar mit uns und nicht gegen uns. **Zur Heimat gibt es für uns keine Alternative! Wir fordern den Heimaterhalt nachhaltig und unmissverständlich ein! Heimat ist für uns nicht verhandelbar! Der Abbau von Bodenschätzen bedarf der staatlichen Genehmigung.** (Landesverfassung Artikel 40 Abs. 2)

Der Landrat des Landkreises Spree-Neiße und der Oberbürgermeister der Stadt Cottbus wollen vorzeitig in einer so genannten „Verhandlungsgruppe“ Ausgleichsleistungen vom Land für unseren Verzicht auf unsere Heimat. Sie verkaufen damit unsere Heimat in Portionen. Sie schaffen ohne gesetzliche Grundlage Tatsachen, die unser Leben und Eigentum betreffen. Sie handeln sehr eilig mit aller zur Verfügung stehenden Behördenkompetenz und beeinflussen Bürgermeister und Abgeordnete, um unserem Widerstand zuvor zu kommen und ihn mit einem „Sonderausschuss“ parlamentarisch zu ersticken. Ministerpräsident, Landrat und Oberbürgermeister sind sich ihres Erfolges schon sicher. Dabei gibt es weder eine Fortschreibung der Energiestrategie des Landes, noch eine konkrete staatliche Genehmigung zum weiteren Abbau von Braunkohle. Vorerst sind es nur Absprachen! Vielleicht sehen wir sie eines Tages mit Ablauf der Legislaturperioden im Dienste von VATTENFALL, wie Gerhard Schröder bei GAZPROM.

**Nicht mit uns! Wir lassen uns weder „kaufen“ noch „verkaufen“! Wir nehmen jetzt schon Einfluss und fordern ein klares Bekenntnis aller gewählten Volksvertreter und Parteien! Heimat ist für uns unverzichtbar! Wir sind nicht gegen die Kohle, aber der bisher geplante Abbau ist genug. Uns reichen die bereits erschlossenen Tagebaue und Kraftwerkslaufzeiten.**

Ein Ausstieg muss jetzt erst recht vorbereitet werden, denn jeder Bau eines neuen Kraftwerks, mit oder ohne Kohlendioxidverpressung in der Erde, wird weitere Ortschaften in unserer Heimat unwiederbringlich vernichten und viele tausend Menschen direkt betreffen. Nachhaltig beeinträchtigt wird die Lebensqualität und kommunale Funktionalität aber auch in den Gemeinden am Rand der Abbaugelände sowie in den Städten Guben, Spremberg, Forst, Calau, Finsterwalde und Cottbus, und dies weitgehend ohne Ausgleich. Wir sind überzeugt, dass die Absicht besteht, jedes der 7 Kohlefelder zu erschließen, egal in welcher Reihenfolge und nach welcher Variante, weil der Kohleverbrauch durch das neu geplante Kraftwerk auf bis zu 40 Millionen Tonnen pro Jahr steigen wird! Auch wenn uns suggeriert werden soll, dass für 4 der 7 Lagerstätten eine Nutzung vorerst nicht geplant ist, können weitere folgen (LR vom 18.09.2007).

(Fortsetzung folgt auf Seite 5)

## Hintergrundinformationen zum Vergleich der GRÜNEN LIGA mit Vattenfall

Die GRÜNE LIGA Brandenburg hat am 13.09.2007 die nach der Prozessniederlage vor dem Oberverwaltungsgericht zuletzt noch eingereichte Verfassungsbeschwerde zurückgezogen und wird kurzfristig auch alle weiteren noch anhängigen Klagen gegen den Tagebau Cottbus-Nord beenden.

Der Vorstand des Verbandes sah sich zu diesem Schritt gezwungen, nachdem das finanzielle Risiko einer Weiterführung der Klageverfahren nicht mehr tragbar geworden war. Vattenfall hatte nach Abschluss der Eilverfahren gegenüber der GRÜNEN LIGA Kostenansprüche mit einem Volumen von knapp 50.000 EUR für mehrere Gutachten geltend gemacht, die Vattenfall anlässlich der Gerichtsverfahren beauftragt hatte. Hierdurch wurde nachträglich eine nicht einkalkulierbare, neue Situation und Dimension des finanziellen Risikos geschaffen, welches über die für die Klageführung zur Verfügung stehenden Mittel nicht abzudecken war.

Außerdem werden aufgrund der letztinstanzlichen Niederlage im Eilverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg im Teichgebiet von Vattenfall Fakten geschaffen, die auch bei Fortsetzung der Gerichtsverfahren nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Damit einhergeht, dass bei einer Fortsetzung der Klagen eigentlich nichts Substantielles mehr erreicht werden kann. Es wurden keine Erfolgsaussichten mehr gesehen, das Gebiet der Lacomaer Teiche vor der Zerstörung zu bewahren.

Die GRÜNE LIGA musste anerkennen, dass sie ihre Auffassungen zur Rechtswidrigkeit der Zerstörung der Lacomaer Teiche für den Tagebau nicht vor Gericht durchsetzen konnte. Es hat letztlich nichts genutzt, dass die GRÜNE LIGA im Gerichtsverfahren ausführlich vorgetragen hatte, dass die Abbaggerung der Lacomaer Teiche weder zur Sicherstellung der Stromversorgung erforderlich noch sonst gerechtfertigt ist, gegen die Vorgaben des europäischen Naturschutzrechts verstößt und mit der Zerstörung der Lacomaer Teiche ein nicht zu kompensierender Schaden für die Natur und Umwelt einhergeht. Das Gericht hat sich deren gegenteiligen Auffassung des Landesbergamtes und des Vattenfall-Konzerns angeschlossen.

Im Ergebnis der Beendigung der Gerichtsverfahren hat die GRÜNE LIGA im Wege eines Vergleiches mit Vattenfall wenigstens noch erreicht, dass sie im Gegenzug für die Rücknahme der Klagen von den Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten freigestellt zu werden. Eine Fortsetzung der Verfahren hätte dazu führen können, dass die GRÜNE LIGA ihre Existenz aufs Spiel setzt.

### Um welches Verfahren geht es?

Die Aufgabe der GRÜNE LIGA betrifft sämtliche Klagen gegen den Tagebau Cottbus-Nord. Im Blickpunkt der Auseinandersetzung stand dabei die Genehmigung zur Beseitigung der Lacomaer Teiche und des Hammergraben-Altufes, die das Landesbergamt nach über fünfjährigem Verfahren mit der Planfeststellungsbeschluss vom 18. Dezember 2006 dem Vattenfall-Konzern erteilt hatte. Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss ging die GRÜNE LIGA unmittelbar mit Klage und – zur Erreichung eines vorläufigen Stopps des Vorhabens – mit einem Eilantrag vor.

Daneben war es erforderlich geworden, weitere Genehmigungen des Landesbergamtes und des Landesumweltamtes in Bezug auf die Fortführung des Tagebaus mit Haupt- und Eilanträgen anzugreifen, deren Ausnutzung durch Vattenfall nicht wieder gut zu machenden Schädigungen der Natur bewirkt hätten, während das Gerichtsverfahren gegen den Planfeststellungsbeschluss noch lief.

Hier war die GRÜNE LIGA temporär erfolgreich und hat zwischenzeitlich einen Stopp der sukzessiven Zerstörung des Gebietes erreichen können.

Die parallele Führung mehrerer Gerichtsverfahren hat die GRÜ-



Pfarrer Ingolf Kschenka (rechts) und René Schuster von der GRÜNEN LIGA (links) pflanzen einen Baum aus dem Lacomaer Teichgebiet als Hoffnungszeichen auf dem evangelischen Kirchentag in Forst

NE LIGA und die diese in einem Klagebündnis unterstützenden Naturschutzverbände BUND, NABU und Robin Wood sehr viel Kraft gekostet.

Die zwischenzeitlich in den Gerichtsverfahren erreichten Erfolge des Stopps der Eingriffe in die Lebensräume der Tiere und Pflanzen des Teichgebietes wurden dann jedoch durch die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 5. Juli 2007 zu nichte gemacht. Das Oberverwaltungsgericht hatte in letzter Instanz des Eilverfahrens entschieden, dass die Gewässerbeseitigung unmittelbar – also auch vor Abschluss aller Gerichtsverfahren – weitergeführt und das Teichgebiet damit zerstört werden darf.

### Warum der Vergleich?

Für die Einlassung auf den Vergleich waren drei Gründe maßgeblich:

- **Finanzielle Bedrohung:** Vattenfall hat jeden Verfahrensschritt genutzt, Fachgutachten in Auftrag zu geben und diese sodann dem Gericht vorzulegen. Am Ende der Verfahren machte Vattenfall sodann bzgl. der Gutachten Kostenerstattungsansprüche i.H.v. 48.000 EUR gegenüber der GRÜNEN LIGA geltend. Diese Forderungen haben die Verfahrenskosten unverhältnismäßig in die Höhe getrieben, da diese Gutachten nach Auffassung der GRÜNEN LIGA nicht erforderlich waren, um die Auffassungen von Vattenfall dem Gericht vorzutragen. Von dieser Strategie hatte die GRÜNE LIGA sich solange nicht beeindrucken lassen wie die Aussicht die Prozesse zu gewinnen zu mindest als offen eingeschätzt werden konnten (dies war bis zum OVG-Eilbeschluss der Fall). Nach der Niederlage vor dem OVG konnte eine weitere Erhöhung der Kostenrisiken indessen nicht mehr getragen werden. Auch wenn die von Vattenfall eigenverantwortlich eingebrachten Gutachten nach Auffassung der GRÜNEN LIGA nicht erstattungsfähig sind, hätte man dies ggf. erst in weiteren Gerichtsverfahren durchsetzen müssen.

- **Geringe Erfolgsaussichten:** Die rechtliche Prüfung nach dem Beschluss des OVG ergab, dass zwar noch verschiedene Rechtsmittel gegen die Zerstörung der Teichlandschaft eingelegt werden könnten, in der Praxis aber keinem davon besondere Erfolgsaussichten zu geschrieen werden können, eine Zerstörung der

Teiche dauerhaft zu verhindern. („Erfolgsaussicht“ ist nicht die Wahrscheinlichkeit Recht zu haben, sondern vor den zu ständigen Gerichten Recht zu bekommen!) Geringe Chancen bestanden, einen zeitweiligen Stopp des Tagebaus zu erreichen, eine dauerhafte Verhinderung der Abbaggerung war nicht mehr realistisch.

- Fehlende Ressourcen: Bei einer Weiterführung der Klagen wären umfangreiche neue Argumente vorzutragen gewesen, ggf. mit Hilfe einzuholender Gutachten. Das finanzielle Risiko wäre damit weiter über das verträgliche Maß gestiegen.

### Wie kam es zum Vergleich?

Nachdem das Oberverwaltungsgericht den Eilantrag der GRÜNELIGA in letzter Instanz abgewiesen hatte, wurde die Entscheidung intensiv geprüft und die verbleibenden weiteren juristischen Möglichkeiten mit allen Bündnispartnern diskutiert. Die Mehrheit des Bündnisses entschied sich daraufhin dafür, zur Sicherung der Existenz der GRÜNEN LIGA Vergleichsverhandlungen zwecks Abwendung des existenzbedrohenden Kostenrisikos anzustreben. Am 12. September 2007 wurde mit Vattenfall der Vergleich geschlossen und der juristische Kampf damit beendet.

### Warum wurde noch im August eine Verfassungsbeschwerde eingereicht?

Parallel zum Beschluss des Klagebündnisses, in Vergleichsverhandlungen einzusteigen wurde mehrheitlich auch die Einreichung einer Verfassungsbeschwerde gegen die Entscheidung des OVG beschlossen. Die Verfassungsbeschwerde stellte einer der verbliebenen Möglichkeiten dar, auf dem Wege der Gerichtsverfahren noch etwas für das Teichgebiet zu erreichen. Allerdings bestanden aufgrund der vorliegenden Fallkonstellation und des sehr eingeschränkten verfassungsgerichtlichen Prüfungsmaßstabes besonderer Schwierigkeiten, eine positive Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zu erhalten.

Als sich die Möglichkeit zum Abschluss des existenzsichernden Vergleiches ergab, musste man sich in der Grünen Liga entscheiden, ob man die kleine Restchance eines Obsiegens vor dem Verfassungsgericht auch um den Preis einer andernfalls drohenden Existenzgefährdung erhalten wollte.

### Was besagt der Vergleich?

Durch den Vergleich verpflichtet sich die GRÜNE LIGA, alle eingereichten Klagen zurückzunehmen. Im Gegenzug zieht Vattenfall nicht nur seine Anträge auf Kostenerstattung zurück, sondern erstattet der GRÜNEN LIGA alle angefallenen Anwalts- und Gerichtskosten. Die hunderten ehrenamtlich geleisteten Stunden, die insbesondere für die naturschutzfachlichen Zuarbeiten geleistet wurden, sind natürlich nicht erfasst.

### Was wird aus den Spenden?

Viele Spenden haben es erst möglich gemacht, dass die Klagen gegen die Zerstörung der Lacomauer Teiche geführt werden konnten. Nach der Erstattung der angefallenen Kosten steht dieses Geld der GRÜNEN LIGA wieder zur Verfügung und wird für die Erreichung der Ziele eingesetzt, die die Grüne Liga sich gesetzt hat. Hierzu gehört weiterhin auch der Einsatz für eine Energiewende und insbesondere eine Abkehr vom Braunkohlenabbau sowie der Braunkohlenverstromung.

Ob auf besonderen Wunsch Spenden unter Beachtung der spenden- und steuerrechtlichen Vorgaben zurückgezahlt werden können, wird von der Grünen Liga geprüft.

### Nähern sich Vattenfall und GRÜNE LIGA jetzt an?

Die Grüne Liga hält die Politik des Unternehmens Vattenfall auf dem Gebiet der Atomkraftwerke und der Braunkohle noch wie vor für unverantwortlich und wird weiter dafür kämpfen, dass weder neue derartige Kraftwerke noch Tagebaue errichtet werden, so dass diese Menschen, Natur, Umwelt und Klima künftig

nicht mehr bedrohen werden. Ihren Kampf gegen den Tagebau Cottbus-Nord und um den Erhalt der Lacomauer Teiche musste die Grüne Liga jedoch aus den dargestellten Gründen einstellen. Nun gilt es insbesondere die Lausitzer Dörfer politisch zu unterstützen, die sich gegen eine künftige Inanspruchnahme wehren.



Vertreter aus 15 Lausitzer Dörfern nehmen in Lacomau kleine Bäumchen vom Hammergraben in Empfang um sie zuhause zu pflanzen

### Klinger Erklärung – Fortsetzung von Seite 3

Um dies zu verhindern, sind der Zusammenhalt aller Betroffenen von Forst bis Finsterwalde und von Guben bis Spremberg, die Vernetzung aller Aktivitäten in Brandenburg und mit Sachsen sowie die Bündelung unserer Kompetenzen unverzichtbar! **Nur gemeinsam haben wir eine realistische Chance! Wir unterstützen alle Aktivitäten und Initiativen von Betroffenen und bieten eine Vernetzung auf folgender Internetseite an: [www.niederlausitz-aktuell.de](http://www.niederlausitz-aktuell.de) Heimat ist Zukunft für uns und unsere Kinder!**

Der Ministerpräsident handelt mit seinem Vorgehen nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Versprechen wurden schon zu oft gebrochen! Wir erheben unsere Stimme gemeinsam und lassen die zu erst Betroffenen in Proschim, Atterwasch, Grabkau und Kerkwitz nicht allein! Unsere Entscheidung kann Kohleopportunisten stoppen und Politiker zum Umdenken zwingen! Zwei Dinge sind uns wichtig: Erstens der Erfolg der Volksinitiative „Keine neuen Braunkohlentagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ und zweitens unser Verhalten bei den anstehenden Wahlen!

**Wir unterstützen darum diese Volksinitiative mit unseren Unterschriften und sagen deutlich für die anstehenden Wahlen: Wer Heimat weiter antastet, ist für uns nicht mehr wählbar!**



# Die Umgebungslärmrichtlinie – Angebot der GRÜNEN LIGA e. V.

Seit April 2007 führt die GRÜNE LIGA e. V., Netzwerk ökologischer Bewegungen, das Projekt „Unterstützung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Umgebungslärmrichtlinie“ (UGLR) durch. Gefördert wird das Vorhaben durch das Umweltbundesamt und das Bundesumweltministerium. Ziel ist die Öffentlichkeit zur Unterstützung und Mitwirkung anzuregen. Entsprechende Informationen dafür werden von der GL bereitgestellt: Eine eigene UGLR-Website mit umfangreichen Hintergrundtexten steht zur Verfügung, Workshops werden angeboten und Materialien erarbeitet.  
<http://www.uglr-info.de/>

## Hintergrund

Ca. 13. Millionen Menschen sind nach Berechnungen des Bundesumweltamtes in der Bundesrepublik lärmbedingten Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Ähnlich sieht es in den anderen europäischen Ländern aus. Daher wurde von Seiten der EU 2002 die „RICHTLINIE 2002/49/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ – kurz Umgebungslärmrichtlinie (UGLR) – beschlossen.

Die Umsetzung der RL vollzieht sich in verschiedenen Phasen. Phase I hat zur Aufgabe, strategische Lärmkarten ausgewählter Städte und Gemeinden zu erstellen (Wiederholung im 5-Jahres-Rhythmus) auf deren Grundlage Aktionspläne entwickelt werden. Dies sollte bis zum 18.7.2008 beendet sein. In Phase II werden entsprechende Lärmkarten zu Ballungsräumen erarbeitet, die ebenfalls in Aktionsplänen münden. Diese Phase ist bis zum 18.2.2013 angesetzt.

## Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist in der UGLR explizit für die Erstellung der Aktionspläne vorgesehen. So haben die Mitgliedsstaaten dafür zu sorgen, dass die „Öffentlichkeit zu Vorschlägen für Aktionspläne gehört wird“ und an diesen mitwirken kann, sowie dass diese Mitwirkung auch Berücksichtigung findet (Art. 8 Abs. 7). Die genehmigten strategischen Lärmkarten sowie die Aktionspläne müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. (Art. 9 Abs. 1,2). Entsprechend wurde die EG-RL am 29.6.2005 in Deutsches Recht übernommen. (Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2005 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 29. Juni 2005)):

„Die Öffentlichkeit wird zu Vorschlägen für Lärmaktionspläne gehört. Sie erhält rechtzeitig und effektiv die Möglichkeit, an der Ausarbeitung und der Überprüfung der Lärmaktionspläne mitzuwirken. Die Ergebnisse der Mitwirkung sind zu berücksichtigen. Die Öffentlichkeit ist über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten. Es sind angemessene Fristen mit einer ausreichenden Zeitspanne für jede Phase der Beteiligung vorzusehen.“

Diese Mitwirkungsrechte sind als Forderung zu verstehen. Die Mitwirkung hat früh einzusetzen noch bevor ein Ergebnis vorliegt, sie verfolgt damit den sog. Managementansatz: „Es wurden keine Grenzwerte festgelegt. Es gibt keinen Eingriffszwang und keine rechtlichen Verpflichtungen. Das stellt alle Beteiligten, insbesondere die Verwaltungen der Gemeinden und Kommunen, vor neue Herausforderungen.“ (GRÜNE LIGA) – und könnte bedeuten, dass die Öffentlichkeit mehr Einfluss bekommt als in herkömmlichen Beteiligungsverfahren.

## Wer kann sich an der Diskussion und der Erstellung der Aktionspläne beteiligen?

- vom Lärm betroffene Menschen

- Betreiber einer Lärmquelle (Industrie, Großmarkt, Sportplatz, Eisenbahn, Flughäfen, ...)
- Verkehrsbetriebe
- Interessensverbände Handel, Industrie
- Interessensverbände Autofahrer ADAC
- Umweltverbände
- Tourismusverbände
- Verbände der Haus- und Grundstücksbesitzer

## Hinweis auf einen Workshop zur UGLR:

Der erste Workshop der GRÜNEN LIGA wird „Informationen unter anderem über Lärmwirkung sowie zum Stand der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in Süddeutschland geben und mögliche Maßnahmen gegen die Lärmschwerpunkte thematisieren.“

1.11.2007, Leipzig, Haus des Buches

Anmeldeschluss 8.10.2007 (Quelle: [uglr.info.de](http://uglr.info.de))



Lärmschutzschild (Foto Katrin Kusche)

## INFORMATIONSDIENST UMWELTRECHT – KONTAKTE

|   |   |
|---|---|
| <p>IDUR-Büro<br/>                     Niddastraße 74, 60329 Frankfurt<br/>                     ☎ 0 69-25 24 77, 2 0 69-25 27 48<br/>                     + IDURev@aol.com, ↗ http://www.idur.de</p>   | <p>Baurecht, Naturschutzrecht,<br/>                     Bürgerbegehren, Windkraftanlagen<br/>                     Ulrike Wegner ☎ 0 60 74-81 44 30,<br/>                     2 0 60 74-81 44 31, tagsüber</p>   |
| <p>Immissionschutzrecht<br/>                     Dorothee Keller ☎ 0 61 51-78 35 70<br/>                     2 0 61 24-1 24 95, tagsüber</p>  | <p>Abfallrecht, Baurecht, Nachbarrecht<br/>                     Bettina Schmidt, ☎ 0 69-23 20 71,<br/>                     2 0 69-23 20 90, tagsüber</p>  |
| <p>Abbau von Bodenschätzen,<br/>                     Abfallrecht<br/>                     Dr. Britta Kolonko, ☎ 0 61 01-40 35 23,<br/>                     2 0 61 01-40 35 21,<br/>                     + uc.bk@t-online.de</p>   | <p>Verkehrsplanung, Altlasten und<br/>                     Bodenschutz, Europarecht<br/>                     (UIG, UVP, Audit)<br/>                     Felix Eckardt, ☎ 03 41-4 80 17 83,<br/>                     2 03 41-4 80 17 83, tagsüber/abends</p>                           |
| <p>Naturschutzrecht, Gentechnikrecht,<br/>                     Immissionschutzrecht<br/>                     Dirk Teßmer, ☎ 0 69-23 20 71,<br/>                     2 0 69-23 20 90</p>   | <p>Verkehrsplanungen (insb. Straßenbau,<br/>                     Umweltinformationsrecht)<br/>                     Ursula Philipp-Geitach,<br/>                     ☎ 0 60 26-99 45 87<br/>                     2 0 60 26-99 45 88, Dienstag/<br/>                     Donnerstag</p> |
| <p>Wasserrecht, Immissionschutz,<br/>                     Umweltinformationsrecht<br/>                     Dr. Thomas Ormond, Spohrstraße 10<br/>                     60318 Frankfurt, ☎ 0 69-55 79 15,<br/>                     2 0 69-59 79 15 88 Bitte vorher anrufen<br/>                     + ormond@vff.uni-frankfurt.de</p> | <p>Eisenbahnplanung, Baurecht,<br/>                     Naturschutzrecht<br/>                     Martin Stichel, Hauptstraße 33,<br/>                     63589 Linsengericht-Eidengessäß<br/>                     2 0 60 51-97 91 42, Bitte nur schriftlich</p>                     |

## Der Preis aller Preise für einen Preisträger

Das Nobelkomitee hat am Freitag in Oslo ein Zeichen gesetzt: Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an Al Gore und den UN-Klimarat IPCC. Sie werden für ihren Einsatz zur weltweiten Mobilisierung gegen den Klimawandel ausgezeichnet. Das Komitee erklärte seine Entscheidung zur Verleihung des Preises: „Al Gore und der IPCC haben schon sehr früh die Gefahren der globalen Klimaänderung erkannt. Wir möchten mit unserer Entscheidung die Aufmerksamkeit für dieses Thema weiter erhöhen.“

1992 erschien in den USA ein Buch mit dem Titel „Earth in the Balance“ (Erde im Gleichgewicht), welches sofort zum Bestseller wurde. Im gleichen Jahr konnte man es in einer Ausgabe des S. Fischer Verlages auch in Deutschland kaufen. Autor dieses vielbeachteten Buches war der amerikanische Politiker Al Gore, der in der Ära Bill Clintons Vizepräsident der Vereinigten Staaten war und danach im Jahr 2000 demokratischer Präsidentschaftskandidat. Leider verlor er die Wahl unter fragwürdigen Umständen gegen George W. Bush.

Aus dem Wahlverlierer Al Gore wurde der Wanderspender Al Gore. Er zog mit einem alten Dia-Projektor durch Amerika, füllte die Hallen und Säle, und erklärte den Menschen das Phänomen „Global Warming“, die globale Erwärmung. Weil er noch mehr Menschen erreichen wollte, entstand der Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“, der ab Oktober 2006 auch in den deutschen Kinos zu sehen war.

Ende Februar 2007 wurde Al Gores Film als bester Dokumentarfilm mit einem Oscar ausgezeichnet. Damit hat zum ersten Mal ein Politiker einen dieser heißbegehrten Filmpreise bekommen. Am 7. Juli in diesem Jahr wurde auf Initiative von Al Gore das 24-Stunden-Konzert „Live Earth“ – es lebe die Erde – veranstaltet. Mehr als 100 Bands mit über 1.000 Künstlern traten auf allen Kontinenten der Erde auf und appellierten an das Gewissen der Menschheit, sich für den Schutz des globalen Klimas einzusetzen.

Al Gore ist zweifellos zum führenden „Wahrheitsverkünder“ in Sachen Erderwärmung geworden. Das Nobelkomitee hat mit der diesjährigen Verleihung des Friedensnobelpreises eine richtige Entscheidung getroffen. Denn Al Gore vermittelt auch Hoffnung: Noch ist es nicht zu spät, dem drohenden Klimaxodus zu entkommen! Noch haben wir die Möglichkeiten, das Schlimmste zu verhindern! Für eine relativ kurze Zeit stehen uns die Türen zur Rettung noch offen. Alle können, ja müssen einen Beitrag dazu leisten. Jeder einzelne Mensch, jedes Land, jeder Staat. Energie einsparen, wo es nur geht. Das Autofahren einschränken. Nicht mehr unnötig Bäume fällen, sondern Bäume pflanzen. Wir müssen umdenken, unsere Lebensansprüche mäßigen. Wir müssen lernen, nachhaltiger und bewusster zu leben.

Al Gore appelliert an alle Menschen: Fangen wir an, jetzt und heute – denn morgen könnte es schon zu spät sein!

ß Dieter Lehmann-Falkenberg



Nobelpreisträger Al Gore vor Hurrikanfoto

## Kuckuck – Vogel des Jahres 2008



Kuckuck, Foto Nabu

Na diesmal hat der NABU wirklich den Vogel abgeschossen, ausgerechnet der Kuckuck wurde zum Vogel des Jahres gewählt. Wofür bitte schön steht denn der Kuckuck? Für den gediegenen schwarzwäldischen Lebensstil mit dazu gehöriger Uhr gleichen Namens? Für die Ellenbogengesellschaft und die Mentalität sich ins gemachte Nest zu setzen? Statt sich der Kinderaufzucht zu widmen wird der Sommer einfach durchgemacht. Ständig Party und sobald das Wetter kühler wird ab in den Süden. Und die armen Jungen? Fressen sich bei Verwandten durch und schmeißen die „Geschwisterkinder“ aus dem Nest. Jährlich neue Tragödien an denen ganze Generationen von Rohrsängern und Wiesenpiepem zerbrochen sind. Zum Kuckuck damit!

Wofür steht der Kuckuck? Etwa für die Kuckuckskinder? Etwa 20 % sollen es schon sein die von der Frau ins gemeinsame Nest gesetzt werden. Das Vatertier schleppt Geld und Essen rann und ahnt meist nichts von der genialen Idee der Partnerin die genetische Vielfalt der Kleinfamilie zu steigern. So gesehen ist die Einschätzung das der Brutbestand in Deutschland zu rückgeht einfach lächerlich. Apropos brüten, h a, h a, h a, seit wann brütet denn dieser blöde Vogel? Aber halt, der Kuckuck ist intelligent denn er kann seinen Namen zur Freude aller Neu-Omithologen lauthals in die Landschaft krakeelen. Aber ist das allein intelligent? Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald, mit solchem Blödsinn werden wir schon als Kinder in der Grundschule genervt. Von wegen Wald, als schlechte Sperberatrappe jagt er durch die Feldflur um noch blödere Hühner und Enten zu verschrecken und durchs Geheck zu jagen.

Kuckuck, Kuckuck klebt an der Tür, die dem Kuckuck sehr nah verwandte Beamtenschaft hat ihr Idol zum Synonym für Wegnahme auch der letzten brauchbaren Haushaltsgeräte ihrer Wirtschaftsfamilien erkoren. Diese geplünderten Zeitgenossen springen oft freiwillig aus dem Nest.

Wo bleibt übrigens mein Geld welches mir als Kind versprochen wurde? Ich bräuhete nur kräftig damit klappem sobald ich den ersten Kuckucksschrei im Frühjahr höre. Damals habe ich noch daran geglaubt. Damals wareh alles besser. So mancher wackere Waidmann hat schon mal diesem vorlauten Schmarotzer eine Ladung Schrot aufs Federkleid gebrannt. Selbst das darf man heute nicht mehr, dafür springt die Klimaerwärmung in die Bresche. Bis der Kuckuck hier im Frühjahr angetrallert kommt, sind die fleißigen Rohrsängerschon fertig mit der Brut. Recht so, soll er doch endlich selber brüten dieser Anarchist der Vogelwelt. Am besten gleich in diesen blöden Uhren. Kuckuck, Kuckuck...

ß Norbert Wilke

## Umweltpreis für Karl Rathnow

Die GRÜNE LIGA Oberhavel gratuliert ihrem Ehrenmitglied Karl Rathnow zur Verleihung des „Barbara-Zürner-Umweltpreises“ des Landkreises Oberhavel die am 10. Oktober in Oranienburg erfolgte. Weitere Preisträger waren die Bürgerinitiative „Trottheide“ und der Verein „Kinderlachen“ aus Menz. Nähere Infos gibt es im nächsten Libell.

## 6. Fachtagung – KRAFTSTOFF PFLANZENÖL in Nossen

Hiermit laden wir Euch am 9.11.2007 in die Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft in Nossen ein

[http://www.grueneliga.de/sachsen/Tagungsflyer07\\_Versand.pdf](http://www.grueneliga.de/sachsen/Tagungsflyer07_Versand.pdf)

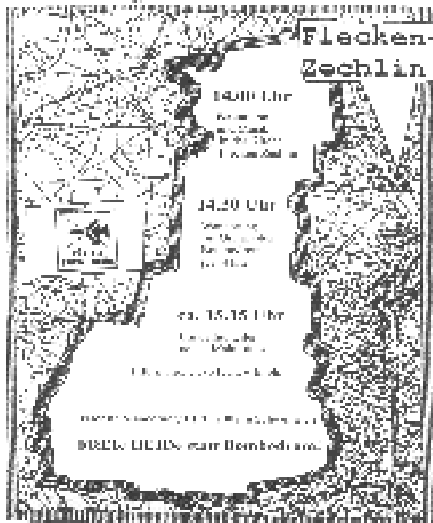
### Nachhaltige Kreislaufwirtschaft mit regionaler Wertschöpfung

Mit geringstem Energieaufwand entstehen bei der dezentralen Herstellung von Pflanzenöl rückstandsfrei mehrere wertvolle Produkte: Eiweißreicher Presskuchen zur Ernährung für Tier und Mensch, Öl als hochwertiges Nahrungsmittel und Treibstoff für geeignete Dieselmotoren. Die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und Futtermittelimporten kann verringert und schließlich aufgehoben werden. Energie-, Wert- und Stoffkreisläufe mit dem Effekt regionaler Wertschöpfung können wieder geschlossen werden. Welche Ölpflanzen und welche Anbaumethoden sind für die künftigen Herausforderungen geeignet? Wie kann die Pflanzenölnutzung mit Natur- und Umweltschutz in Einklang gebracht werden? Wie kann Pflanzenöl als Kraftstoff auch dezentral in hoher Qualität erzeugt werden? Wie sind die Grenzwerte für Emissionen auch in Zukunft einzuhalten? Welche moderne Motortechnologie verspricht dauerhaft und sicher Erfolg? Namhafte Experten und erfahrene Akteure versuchen auf diese und andere Fragen Antworten zu finden. Willkommen sind gleichermaßen Land- und Forstwirte, Unternehmer, interessierte Bürger, Studenten, Wissenschaftler, Forscher, Entwickler und Politiker.

† Dipl.-Ing. Michel H. Matke  
GRÜNE LIGA e.V. - Bundeskontaktstelle Pflanzenöl  
Bundesverband Pflanzenöle e.V.  
Tel./Fax: 0341 - 961 51 74

## 106. Protestwanderung auf dem Weg zur FREIEN HEIDE

am Sonntag, dem 28. Oktober 2007 in



1990 gründeten Umweltschützer ein Netzwerk, das seine Wurzeln in den kirchlichen Umwelt- und Friedensgruppen, Stadtökologiegruppen sowie vielen örtlichen Natur- und



Umweltschutzinitiativen der DDR hat. Die GRÜNE LIGA bringt den Erfahrungsschatz ihrer Vorgeschichte in ihre Grundsatzpositionen ein:

Visionen haben

Grenzen der Ressourcen akzeptieren, regional und transparent entscheiden, Strukturen von unten entwickeln, die Erde allen geben, Vielfalt bewahren, Werte neu bestimmen, Geschichte begreifen, neu denken, konsequent tiefgreifende Veränderungen fördern, Dialoge ermöglichen, Öffentlichkeit informieren, Konflikte ohne Gewalt lösen.

Die GRÜNE LIGA vereint Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam auf vielfältige Art und Weise für Natur- und Umweltschutz einsetzen.

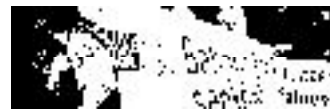
Inhalt dieses Netzwerks wahren diese



Gruppen ihre Eigenständigkeit und Identität. Ziel des Netzwerks ist die regionale sowie fachliche Koordination und Unterstützung von Akteuren und Aktivitäten. Die Facharbeit ist in Arbeitskreisen vernetzt – strukturell haben sich in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin Landesverbänden zusammengeschlossen.

Netzwerk knüpfen

Handeln anregen



Man kann Probleme nicht wegreden: sie müssen gelöst werden. Deshalb initiiert und unterstützt das Netzwerk GRÜNE LIGA seit seiner

Gründung Projekte und Aktivitäten zum Natur- und Umweltschutz. Einige Beispiele dafür sind: Umwelterziehung mit Kindern und Jugendlichen, Umweltberatung, Natur- und Artenschutz, Projekte und Aktionen zur Abfall- und Verkehrsvermeidung, Landschaftspflege, Förderung von nachhaltiger Regionalentwicklung, Förderung des sanften Tourismus und zu lokalen Agenden. Die GRÜNE LIGA sucht in ihrer Arbeit das Zusammengehen mit gleichgesinnten Menschen, Initiativen und Vereinen.

## Zweiter „Bio-Bauern Tag“ in Brandenburg am 26. November 2007

Der zweite „Bio-Bauern Tag“ findet am 26. November von 10.00 bis 16.00 Uhr in der Heimvolkshochschule am Seddiner See bei Potsdam. Infos unter Tel. 033701-59306

## Impressum

Herausgeber und Verleger:  
GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,  
Haus der Natur  
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam  
☎ 03 31 - 2015520  
☎ 03 31 - 2015522  
✉ potsdam@grueneliga.de  
🌐 www.grueneliga.de  
**Redaktion:** Norbert Wilke, Susanne Bohnenberg, Christine Tittel  
Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Preis: 1 Euro – bei Mitgliedern im Beitrag enthalten  
Auflage: 1.200 Exemplare  
Bankverbindungen:  
Geschäftskonto: 55 000  
Rechtsschutzfonds: 1000 55 000  
Spendenkonto: 2000 55 000  
VR-Bank Lausitz, BLZ: 180 626 78

## »FOLKADELIC HOBO JAMBOREE«

Live \*\*\* Eintritt frei  
Freitag, 2. November 2007 \*\*\* ab 19.00 Uhr  
Café Cuam \*\*\* Mittelstr. 38 \*\*\* Potsdam

POTSDAMER REGIONAL E.V.  
☎ GRÜNE LIGA BRANDENBURG E.V. \*\*\* LINDENSTR. 34 \*\*\* 14467 POTSDAM  
☎ 0331-7205525 \*\*\* FAX: 0331-7205574  
INFO@HAEUFLIERTITEL.DE \*\*\* WWW.HAEUFLIERTITEL.DE